



Leitbild Privatsektor

im Rahmen der Strategie für internationale Zusammenarbeit



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Aussenpolitische Strategie



Strategie für internationale Zusammenarbeit



Leitbild Privatsektor
im Rahmen der
Strategie für internationale
Zusammenarbeit

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	5
2. Förderung lokaler Unternehmen	7
3. Zusammenarbeit mit dem Privatsektor	9
4. Beschaffungswesen	12
Schlussbemerkungen	13
Abkürzungsverzeichnis	15

Beim vorliegenden Leitbild handelt es sich um ein übergeordnetes Dokument, welches die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit zwischen der DEZA und privatwirtschaftlichen Akteuren darstellt sowie ihr Engagement in Bezug auf wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen erläutert. Das Dokument wurde von der DEZA verfasst und mit ausgewählten Akteuren aus der Bundesverwaltung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft konsultiert.

Einleitung

Dieses Dokument definiert die Eckwerte der Tätigkeiten der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Bezug auf den Privatsektor¹. Ebenfalls erläutert es die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren und stellt die Chancen und Herausforderungen dar, welche mit dieser Zusammenarbeit verbunden sind.

Ausgangslage

Ein dynamischer Privatsektor ist eine essenzielle Treibkraft für die Reduktion weltweiter Armut. In Entwicklungsländern werden **neun von zehn Arbeitsplätzen durch den Privatsektor geschaffen**. Arbeit und Einkommen ermöglichen es der armen Bevölkerung, die **eigene Lebenssituation zu verbessern**. Darüber hinaus bringen viele Unternehmen **innovative Produkte** auf den Markt, welche die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern verbessern – seien es Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien oder neue Medikamente gegen tödliche Krankheiten. Auch durch Steuerzahlungen, Technologietransfer, lokale Beschaffungen und betriebliche Ausbildungen trägt die Privatwirtschaft zur Entwicklung im globalen Süden und im Osten bei. Damit leistet der Privatsektor den grössten Beitrag zur weltweiten Armutsreduktion und zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sowie das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) möchten dieses Potenzial in der internationalen Zusammenarbeit (IZA)² nutzen und ihr schon länger bestehendes Engagement in Bezug auf den Privatsektor weiter ausbauen. Damit sollen die IZA-Strategie sowie die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 des Bundesrats umgesetzt werden. Bereits das weiterhin geltende Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe von 1976³ sieht Massnahmen zur Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel vor, um Entwicklungsziele zu erreichen.

Als zuständige Koordinationsstelle der Schweizer IZA trägt die DEZA – zusammen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im WBF – massgeblich zur Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und dem Privatsektor, und damit zur **Mobilisierung der Ressourcen und der Innovationskraft von Unternehmen** für die IZA, bei. Darüber hinaus schaffen die Programme der DEZA, welche unter anderem Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, (Berufs-)Bildung und funktionierende öffentliche Dienste fördern, die Grundvoraussetzungen für einen nachhaltigen Privatsektor.

Schliesslich erfordert eine wirksame Zusammenarbeit mit dem Privatsektor eine gute **Koordination zwischen allen öffentlichen Akteuren der Schweiz** im Sinne eines Whole-of-Government-Ansatzes. Die DEZA koordiniert sich insbesondere mit dem SECO, der Abteilung Frieden und Menschenrechte (AFM) des EDA, der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV), dem Swiss Investment Fund for Emerging Markets (SIFEM) und dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), um Synergien für eine maximale Wirkung und Effizienz der Schweizer IZA zu nutzen. Dabei trägt die DEZA den spezifischen Kompetenzen, Erfahrungen und dem Wissen der jeweiligen Akteure Rechnung.

Referenzrahmen

Die strategische Ausrichtung des EDA und des WBF in Bezug auf den Privatsektor steht vollständig im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UNO). Demnach sind die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals*, SDG) nur dann erreichbar, wenn neben der öffentlichen Entwicklungshilfe und dem nationalen Steueraufkommen auch die **Investitionen des Privatsektors** zur Verfügung stehen. Der Privatsektor ist also Teil der Lösung zur Erfüllung der globalen Entwicklungs- und Klimaschutzziele.

1 Inklusive Finanzsektor

2 Die IZA umfasst die Instrumente der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Förderung des Friedens und der Menschenrechte.

3 [SR 974.0](#)

Massgeblich für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor sind unter anderem das SDG 17 (inklusive Partnerschaften für die Erreichung aller SDG) sowie die Aktionsagenda für die Entwicklungsförderung, insbesondere die Aktionsagenda von Addis Abeba (AAAA)⁴ sowie der Compromiso de Sevilla. Diese werden ergänzt durch Prinzipien und Standards, welche ausgewählte Aspekte einer Zusammenarbeit mit dem Privatsektor abdecken. Spezifische Standards existieren zum Beispiel für *Blended Finance* wie auch für den Finanzsektor beziehungsweise für Investoren.⁵ Schliesslich spielt generell der wirtschafts- und finanzpolitische Ordnungsrahmen eine zentrale Rolle für privatwirtschaftliche Investitionen und Tätigkeiten.

Inhaltsübersicht

Beim Einbezug des Privatsektors in die nachhaltige Entwicklung liegt der Fokus der DEZA auf den folgenden vier Handlungsfeldern:

1. **Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen:** Die Wirtschaft braucht günstige Rahmenbedingungen, um sich nachhaltig zu entwickeln. Dazu gehören Rechtsstaatlichkeit sowie internationale Standards und gute Praktiken bezüglich verantwortungsvoller Unternehmensführung und nachhaltiger Investitionen.
2. **Förderung lokaler Unternehmen in den Schwerpunktländern der Schweizer IZA:** lokale Privatunternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), spielen eine entscheidende Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten.
3. **Zusammenarbeit mit dem Privatsektor:** Darunter werden Partnerschaften mit etablierten Akteuren des Privatsektors (aus der Schweiz und anderen Ländern) zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele erfasst.
4. **Beschaffungswesen:** Dieses Handlungsfeld umfasst Aufträge der DEZA an Akteure des Privatsektors.

Diese vier Handlungsfelder werden im Folgenden ausgeführt.

4 [Aktionsagenda für die Entwicklungsförderung](#) und [Compromiso de Sevilla](#)

5 «Blended Finance is the strategic use of development finance for the mobilisation of additional finance towards sustainable development in developing countries» (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD). Unter den Prinzipien und Standards für *Blended Finance* seien hier die [OECD-Prinzipien für Blended Finance](#) und die [Prinzipien für das privatwirtschaftliche Engagement der Globalen Partnerschaft für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit \(GPEDC\)](#) erwähnt. Ferner gibt es [spezifische Standards für den Finanzsektor bzw. Investoren](#).



© DEZA

1. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Grundlagen

Ein prosperierender und nachhaltiger Privatsektor braucht günstige politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Entwicklungsfördernde Investitionen von Unternehmen sind auf eine gute Regierungsführung, auf ein regelbasiertes und verlässliches Handelssystem, ein innovationsfreudliches Geschäftsumfeld, eine tragfähige Basisinfrastruktur und ein unabhängiges Gerichtswesen angewiesen. Die DEZA-Programme zielen auch darauf ab, öffentliche Dienstleistungen zu verbessern, die Transparenz und Effizienz von öffentlichen Verwaltungen zu erhöhen und somit die Korruption zu verringern (Kasten 1), die Folgen von Naturkatastrophen besser zu bewältigen sowie generell nationale und lokale Institutionen zu stärken.

Kasten 1: E-Gouvernanz-Programm für Rechenschaftspflicht und Partizipation (E-Governance for Accountability and Participation, EGAP), Ukraine

Im Rahmen ihres Beitrags zur Dezentralisierungsreform in der Ukraine finanziert die Schweiz seit 2015 ein Programm, welches mithilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologien die Qualität und Wirksamkeit staatlicher Dienstleistungen verbessert und die Teilhabe der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen stärkt. Durch die Optimierung und Digitalisierung administrativer Prozesse werden Behördenleistungen effizienter und transparenter erbracht, was auch das Risiko von Korruption verringert. Von solcherlei verbesserten Dienstleistungen profitiert nicht zuletzt der Privatsektor, etwa wenn es um die Registrierung neuer Firmen geht. Das Programm fördert generell den Zugang zu Information, innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen diversen Akteuren sowie die digitalen Kenntnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Die Agenda 2030 bildet eine international anerkannte Grundlage für zukunftsfähige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Sie definiert das Ziel einer **sozial- und umweltverträglichen Wirtschaft** und strebt angepasste Wirtschaftsmodelle mit gröserer Ressourceneffizienz und nachhaltigen Wertschöpfungsketten an.

Der Privatsektor selbst nimmt Nachhaltigkeitsaspekte zunehmend als Geschäftschance wahr und betrachtet sie als Teil des Risikomanagements. Das zunehmende Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Bedeutung sozial und ökologisch verantwortlicher Geschäftspraktiken verstärkt den globalen Trend hin zu mehr Nachhaltigkeit. In diesem Zusammenhang spielt die freiwillige **Selbstregulierung** des Privatsektors unter anderem mittels Branchenkodizes und Einkaufsrichtlinien eine wichtige Rolle. Der öffentlichen Hand fällt die Aufgabe zu, durch eine sinnvolle **Mischung aus regulativen Vorgaben und wirtschaftlichen Anreizen** den Beitrag der Privatwirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen. Generell ist auf eine klare Rollenverteilung zwischen Staat und Privatsektor zu achten.

Verantwortungsvolle Unternehmensführung

Unternehmen müssen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeiten mit gebührender Sorgfalt dafür sorgen, dass sie Mensch und Umwelt keinen Schaden zufügen (*do no harm*). Den massgeblichen **internationalen Referenzrahmen** für verantwortungsvolle Unternehmensführung (*Responsible Business Conduct, RBC*)⁶ bilden die Leitsätze für multinationale Unternehmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)⁷, die zehn Prinzipien des *Global Compact* der UNO⁸ sowie die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und

6 Die OECD definiert verantwortungsvolle Unternehmensführung wie folgt: «*Responsible business conduct (RBC) entails above all compliance with laws, such as those on respecting human rights, environmental protection, labour relations and financial accountability, even where these are poorly enforced. It also involves responding to societal expectations communicated by channels other than the law, e.g. inter-governmental organisations, within the workplace, by local communities and trade unions, or via the press. Private voluntary initiatives addressing this latter aspect of RBC are often referred to as corporate social responsibility (CSR)*».

7 Die OECD hat zur *Umsetzung der Sorgfaltsprüfung international abgestimmte, praxisorientierte und branchenspezifische Leitfäden* u. a. für den Rohstoff-, Textil-, Landwirtschafts- und Finanzsektor, verfasst.

8 Der *Global Compact der UNO* ist ein weltweiter Pakt zwischen Unternehmen und der UNO mit dem Ziel, die Globalisierung sozialer und ökologischer zu gestalten.

Menschenrechte⁹. Auf schweizerischer Ebene sind namentlich der Nationale Aktionsplan für *Corporate Social Responsibility* (CSR)¹⁰, der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte¹¹ sowie die Massnahmen des Bundes für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Schweiz¹² von Bedeutung.

Die DEZA unterstützt **internationale und nationale Plattformen**, welche den Privatsektor dazu anregen, sich noch stärker an den erwähnten internationalen und nationalen Standards auszurichten. Dazu gehören der *Global Compact* der UNO, welcher Unternehmen zu Verantwortung in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz, Korruptionsprävention und Offenlegung von Informationen anhält (Kasten 2). Daneben fördert die DEZA den Dialog zwischen Unternehmen, der öffentlichen Hand und der Zivilgesellschaft zu verschiedenen Themen und stärkt die Bekanntmachung und Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Die Koordination der Aktivitäten im Bereich der verantwortungsvollen Unternehmensführung erfolgt eng mit den hierfür federführenden Bundesstellen, dem SECO und der AFM.

- Die NGO B Lab Schweiz unterstützt schweizerische Unternehmen verschiedener Grössen und Sektoren dabei, ihre Beiträge an die globalen Nachhaltigkeitsziele zu bewerten und weiter zu verbessern.

Beide Initiativen beruhen auf Freiwilligkeit und wenden sich an Firmen, die durch Innovation, umweltverträgliches Wirtschaften und soziale Verantwortung zu einer nachhaltigen Zukunft beitragen möchten.

Wirtschaftspolitischer Rahmen und Politikkohärenz

Die globalen Nachhaltigkeitsziele können nur erreicht werden, wenn die Privatwirtschaft sektorenübergreifend eingebunden werden kann. Aus Perspektive der Politikkohärenz sind daher eine Reihe **wirtschaftspolitischer Fragen** zu behandeln, insbesondere in Bezug auf ausländische Investitionen, die Besteuerung multinationaler Unternehmen, die Bekämpfung illegaler und unlauterer Finanzflüsse, die Ausgestaltung von Freihandelsabkommen sowie die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten im öffentlichen Beschaffungswesen. Relevante **internationale Politikprozesse**, wie sie etwa innerhalb der OECD oder auch bei der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) geführt werden, will die DEZA dahingehend beeinflussen, dass Transparenz, Verantwortung und Nachhaltigkeit des Privatsektors weiter gestärkt werden. Beiträge an Partnerorganisationen in diesem Bereich zielen zumeist darauf ab, neue politische Handlungsoptionen zu erarbeiten und diese in entsprechende multilaterale Debatten einzuspeisen. Solche Aktivitäten werden jeweils mit anderen involvierten Bundesstellen, insbesondere dem SECO, abgestimmt.

Die **Kohärenz staatlichen Handelns** der Schweiz ist aus entwicklungspolitischer Sicht von grosser Bedeutung. Die DEZA setzt sich dafür ein, dass wirtschaftspolitische und andere Ziele soweit wie möglich mit den Entwicklungszielen im Einklang stehen.¹³

Kasten 2: Global Compact Network Switzerland and Liechtenstein und B Lab Schweiz

Die DEZA unterstützt unter anderem folgende Initiativen:

- Das *Global Compact Network Switzerland and Liechtenstein* fördert die unternehmerische Anwendung der zehn Prinzipien des *Global Compact* der UNO im In- und Ausland und dient als Multistakeholder-Plattform zum Austausch über die konkrete Umsetzung verantwortungsvoller und nachhaltiger Unternehmenspraktiken.

9 Die [UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#) beinhalten ein dreistufiges Konzept für die Achtung der Menschenrechte im Kontext von Unternehmensaktivitäten: 1) Pflicht der Staaten, die Menschenrechte zu schützen (auch gegenüber Bedrohungen seitens wirtschaftlicher Akteure), 2) Verantwortung der Unternehmen, die Menschenrechte zu respektieren, und 3) Recht auf Wiedergutmachung mittels Gewährleistung eines effektiven Mechanismus im Falle erlittener Menschenrechtsverletzungen durch wirtschaftliche Akteure.

10 [Nationaler Aktionsplan CSR 2020–2023](#)

11 [UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, Nationaler Aktionsplan der Schweiz 2024–2027](#)

12 [Grüne Wirtschaft](#)

13 [Politikkohärenz für Entwicklung](#)

2. Förderung lokaler Unternehmen

Zielsetzung

Das zweite Handlungsfeld ist die **Förderung lokaler Unternehmen** in den Schwerpunktländern. Privatunternehmen, insbesondere KMU, sind das Rückgrat einer Volkswirtschaft und spielen eine zentrale Rolle bei der Erreichung der SDG. Sie sind die treibende Kraft, um Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen (**SDG 8**). Damit tragen sie zur Armutsbekämpfung bei (**SDG 1**). Die Förderung lokaler Unternehmen ermöglicht insbesondere Jugendlichen und Frauen, wirtschaftliche Chancen wahrzunehmen (**SDG 5**); darüber hinaus leistet sie einen Beitrag zum Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur und ermöglicht eine breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung und Innovationen (**SDG 9**); nicht zuletzt sorgt die Förderung lokaler Unternehmen für nachhaltigere Konsum- und Produktionsmuster (**SDG 12**). In der **IZA-Strategie** werden **nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Märkten und von menschenwürdigen Arbeitsplätzen zu einem von vier Hauptzielen** erklärt. Die DEZA und das SECO tragen mit ihren Programmen zur Erreichung dieses Ziels bei und stellen zugleich eine optimale Aufgabenteilung sicher, um den grösstmöglichen Impakt zu erzielen.

Ansätze

Im Rahmen der Förderung lokaler Unternehmen wird ein umfassender Ansatz mit verschiedenen Elementen verwendet. Erstens werden **Synergien** genutzt mit Programmen, welche die **Entwicklung des Finanzsektors** oder die **Förderung der Bildung** und insbesondere der **Berufsbildung** bezeichnen – denn Unternehmen brauchen sowohl Investitionskapital als auch qualifizierte Arbeitskräfte, wenn sie Arbeitsplätze schaffen wollen. Zweitens werden Synergien angestrebt mit Interventionen, welche auf die **Verbesserung des nationalen oder lokalen Gouvernanzsystems** abzielen (gute Regierungsführung, vgl. auch Kapitel 1). Die gleichzeitige Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung und von Verbesserungen in der Regierungsführung einer bestimmten Region steht im Zentrum der Projekte im Bereich der lokalen Wirtschaftsentwicklung. Drittens nutzen die meisten Projekte einen systemischen Ansatz – den *Market-Systems-Development*-Ansatz. Dabei liegt der Fokus darauf, gesamte **Marktsysteme funktionsfähiger und wirksamer zu machen**. Ziel ist es letztlich, die Einkommens- und Beschäftigungssituation von und in KMU zu verbessern. Die DEZA knüpft an bestehende Wirtschaftsstrukturen an und entwickelt diese entlang der Wertschöp-



fungsketten weiter. In ihren Schwerpunktländern ist meist der Agrarsektor vorherrschend und daher Ausgangspunkt für die Unternehmensförderung. Dabei wird aber auch gezielt die Diversifikation von Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten über den landwirtschaftlichen Sektor hinaus, wie zum Beispiel im Tourismus, in der Informations- und Kommunikationstechnologie oder in der Bauwirtschaft, unterstützt. Im Rahmen von Krisen werden Programme möglichst angepasst, um die negativen wirtschaftlichen Folgen für KMU abzufedern.

Der Weg zur systemischen Wirkung

Zu Beginn sehen Unternehmensförderungsprojekte in der Regel die Unterstützung von ausgewählten Pionieren des Privatsektors vor Ort vor. Als Pioniere werden jene Unternehmen betrachtet, die bereit sind, neue Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle zu entwickeln. Anschliessend werden geeignete Mechanismen gesucht, um eine Breitenwirkung und somit nachhaltige und skalierbare Verbesserungen in der gesamten Wertschöpfungskette zu erreichen. Dabei wird in vielen Fällen auch die Kooperation mit der Wissenschaft angestrebt, um das volle Potenzial neuer Technologien sowie der Digitalisierung zu nutzen. Oft wird auch eine **Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen** in den Schwerpunktländern gesucht. Aufgrund ihrer Regulierungsbefugnis und Fähigkeit, wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen und Gesetze zu erlassen, die das Geschäftsumfeld fördern (oder gegebenenfalls behindern), spielen diese eine zentrale Rolle bei der Anpassung von Marktsystemen für ganze Sektoren und Länder.

Die Stärkung lokaler Unternehmen ist nicht nur ein wesentlicher Treiber, um Arbeit und Einkommen zu schaffen; ein starker Privatsektor führt auch dazu, dass sich dieser als **gewichtiger Akteur im nationalen Politikdialog** für bessere ökonomische Rahmenbedingungen einsetzt.

Aktueller Stand und künftige Ausrichtung

Die Unternehmensentwicklung und die Förderung der auf dem lokalen Arbeitsmarkt nachgefragten Kompetenzen ist schon heute ein Schwerpunkt in rund 80 Prozent aller Länderprogramme (Kasten 3).

Kasten 3: Beispiel eines systemischen Ansatzes bei der Förderung lokaler Unternehmen: **InovAgro, Mosambik**

Das Projekt InovAgro will arme Kleinbauernbetriebe in Nordmosambik durch die Entwicklung verschiedener Marktsysteme (für Mais, Soja, Sesam, Erbsenbohnen und Erdnüsse) unterstützen. Aktuell in seiner dritten und letzten Phase hat das Projekt bereits 30 000 Kleinbäuerinnen und -bauern geholfen, ihr Nettoeinkommen zu steigern. Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, der Regierung und der Zivilgesellschaft erzielte einen breitenwirksamen Wandel: ein verbessertes Angebot an zertifiziertem Saatgut, optimierte Verkaufsstrategien, Zugang zu Finanzdienstleistungen und Mechanisierungsdiensten für landwirtschaftliche Betriebe. InovAgro hat etwa im Bereich des Saatguts eine kritische Masse von Marktakteuren aufgebaut, die im Wettbewerb stehen und mehr und besseres Saatgut verkaufen. Gleichzeitig hat das Projekt das Sparverhalten der kleinbäuerlichen Betriebe gefördert, damit sie selber in das optimierte Saatgut investieren können. Zwischen 2015 und 2019 stieg die Anzahl Bäuerinnen und Bauern, die aktiv sparen, von rund 1000 auf rund 17 500 (davon 55 Prozent Frauen). In all seinen Interventionen übernimmt das Projekt eine Rolle als temporärer Vermittler, welcher die Interessen und Ressourcen des privaten und öffentlichen Sektors mobilisiert, um die Entwicklung in den ausgewählten Marktsystemen voranzutreiben.

Künftig sollen lokale Unternehmen vermehrt mit **neuen Ansätzen** gefördert werden. Folgende Instrumente mit einem hohen Potenzial für die Mobilisierung privater Investitionen sollen progressiv und im Einklang mit den Entwicklungszielen ausgebaut werden: Risikokapital in Form von Aktien oder Darlehen, Garantien sowie Beteiligungen an strukturierten Fonds.¹⁴ Auch Mischformen mit nicht rückzahlbaren Beiträgen (*grants*) können im Rahmen von *Blended Finance* vermehrt eingesetzt werden.

¹⁴ Für die Zukunft werden in diesem Bereich auch Kooperationen mit spezialisierten Organisationen wie SIFEM angestrebt.

3. Zusammenarbeit mit dem Privatsektor

Das dritte Handlungsfeld bezieht sich auf die **Zusammenarbeit der IZA mit etablierten Akteuren des Privatsektors**, welche eine konsequente Ausrichtung auf die nachhaltige Entwicklung wahrnehmen. Solche Firmen – aus der Realwirtschaft und dem Finanzsektor – können zur Armutsbekämpfung beitragen und sind daher interessante Partner für die IZA. In Übereinstimmung mit der international anerkannten Terminologie wird diese Form der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor auch als **Privatsektor-Engagement** bezeichnet.

Zielsetzung

Für die DEZA bestehen folgende Hauptgründe für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor:

1. Eine **grössere Reichweite und höhere Wirkung**: Der Privatsektor verfügt über eine breite Palette an Ressourcen – Technologie und Infrastruktur, spezialisiertes Fachwissen und organisatorische Kapazitäten sowie finanzielle Mittel – die mobilisiert werden müssen, um die technologische und finanzielle Lücke zur Erreichung der SDG zu schliessen.
2. Die **Entwicklung innovativer Instrumente und Ansätze**: Der Privatsektor ist eine Schlüsselquelle für Innovationen wie neue Technologien, neue Produkte sowie innovative Unternehmens- und Finanzierungsmodelle. Durch Partnerschaften können neue Ansätze erprobt werden, um arme oder benachteiligte Gruppen zu erreichen. Dadurch kann auch ein Beitrag zum Ansatz der Agenda 2030 «niemanden zurückzulassen (*leave no one behind*)» geleistet werden.
3. Die **Förderung dauerhafter Lösungen** zur Bewältigung von Entwicklungsherausforderungen: Lösungen des Privatsektors für Entwicklungsprobleme müssen wirtschaftlich tragfähig sein und gleichzeitig soziale und ökologische Anforderungen erfüllen (*triple bottom line*). Daher tragen die von privatwirtschaftlichen Akteuren entwickelten Ansätze, wenn sie erfolgreich sind, in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht dauerhaft zur Linderung von Entwicklungsherausforderungen bei.

Die Hauptmotivationen des Privatsektors für eine Zusammenarbeit mit der DEZA sind die folgenden:

1. Die **Feldpräsenz und das langfristige Engagement der DEZA** in verschiedenen geografischen Regionen: Dies stellt einen Mehrwert für Partner aus der Privatwirtschaft dar, die in diesen Regionen nachhaltige Lösungen entwickeln und einführen wollen.
2. Die **Stellung der DEZA in der IZA**: Die Glaubwürdigkeit der DEZA als Vermittlerin und Entwicklungsagentur macht sie zu einer starken Partnerin für Akteure des Privatsektors, die an einer Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Sektor interessiert sind.
3. Die **Minderung finanzieller Risiken**: Das finanzielle Engagement der DEZA kann das Investitionsrisiko für Partner aus dem Privatsektor dort verringern, wo deren Mittel benötigt werden, um einen Beitrag zur Erreichung der SDG zu leisten.
4. Die **Pilotierung innovativer Ansätze**: Das finanzielle Engagement der DEZA kann die Erprobung innovativer Methoden und Ansätze ermöglichen, die darauf abzielen, neue Marktchancen für Produkte und Dienstleistungen mit einem Entwicklungsmehrwert zu eröffnen.
5. Die **Förderung nachhaltiger Geschäftspraktiken** und die Nivellierung des Spielfeldes: Zahlreiche Akteure des Privatsektors haben ein Interesse daran, sich mit der DEZA und dem öffentlichen Sektor im Allgemeinen an spezifischen Initiativen und Projekten zur Förderung nachhaltiger Industriestandards zu beteiligen.

Schwerpunkte

Die IZA-Strategie sieht die Möglichkeit vor, **innovative Finanzinstrumente zur Mobilisierung von Mitteln des Privatsektors** auch in schwierigen Kontexten wie beispielsweise in den am wenigsten entwickelten Ländern¹⁵ anzuwenden. Dadurch können auch diese Länder mittelfristig von Investitionen des Privatsektors vermehrt begünstigt werden, was die sozioökonomischen Ungleichheiten zwischen den Ländern reduzieren kann. Die Entwicklung solcher neuen Finanzinstrumente erfolgt nach Absprache und in Abstimmung mit dem SECO und der EFV. Im Klimabereich werden die Anstrengungen zur verstärkten Mobilisierung des Privatsektors für **klimafreundliche Investitionen in Entwicklungsländern**¹⁶ über die interdepartementale Plattform PLAFICO mit dem SECO und dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) koordiniert.

Die DEZA unterstützt und beeinflusst auch die Privatsektor-Ansätze **multilateraler Partnerorganisationen** (Weltbankgruppe, UNO-Fonds/Agenturen, OECD), indem sie ihre Erfahrungen und guten Praktiken aus eigenen Partnerschaften mit dem Privatsektor einfließen lässt. Des Weiteren beteiligt sich die DEZA im Rahmen von multilateralen Mechanismen am verstärkten Einbezug des Privatsektors in die **Finanzierung von Massnahmen unter anderem im Bereich des Klimawandels oder der Biodiversität**. Letztlich geht es darum, die institutionellen Strategien und Umsetzungsprogramme internationaler Organisationen mitzubestimmen und Synergien mit eigenen Initiativen zu erzielen.

15 [Definition der am wenigsten entwickelten Länder](#).

16 [Konzeptpapier zur verstärkten Mobilisierung des Privatsektors für klimafreundliche Investitionen in Entwicklungsländern](#), 2019.



© Microfund for Women Jordan

Modalitäten und Kriterien für Partnerschaften

In der bilateralen Zusammenarbeit sind Partnerschaften mit dem Privatsektor dadurch charakterisiert, dass die DEZA und ein oder mehrere Partner aus dem Privatsektor eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe suchen und ihre Kräfte im Rahmen eines Entwicklungsprojekts oder eines Investitionsvorhabens bündeln. Solche Projekte werden **gemeinsam finanziert und gesteuert**.

Partnerschaften mit dem Privatsektor bringen auch **Herausforderungen** mit sich. Ein gemeinsames Verständnis vom **Umgang mit Risiken** im Rahmen eines umfassenden Risikomanagements ist deshalb unerlässlich. Ferner ist stets zu klären, ob und inwieweit öffentliche Mittel tatsächlich nötig sind, um die gewünschte Entwicklungswirkung beziehungsweise eine grösitere Wirkung zu erzielen. Sodann dürfen solche Partnerschaften zu keiner Verzerrung funktionierender Märkte führen. Für eine Partnerschaft mit dem Privatsektor müssen zudem inhaltlich klar definierte Kriterien erfüllt sein, allen voran eine gemeinsame Vision für eine nachhaltige Entwicklung sowie messbare Entwicklungsergebnisse, die Achtung der Menschenrechte und die Vermeidung von Korruption.

Die DEZA arbeitet mit verschiedenen Kategorien von Partnern des Privatsektors zusammen: **Grossunternehmen und multinationale Konzerne, KMU, Sozialunternehmen¹⁷, wirkungsorientierte Investoren¹⁸ und Förderstiftungen¹⁹**. Jede Kategorie verfügt über spezifische Stärken. NGO, Forschungszentren und akademische Einrichtungen werden oft aufgrund ihres spezifischen Know-hows in solche Partnerschaften involviert (z. B. als Implementierungspartner).

Aktueller Stand

Inzwischen bestehen über 100 Partnerschaften (Projekte oder Teilprojekte) zwischen der DEZA und dem Privatsektor. Bei der Mehrzahl der Partnerschaften sind mehrere Akteure eingebunden (Kasten 4).

Detailliertere Informationen zur Zusammenarbeit mit dem Privatsektor finden sich im vertiefenden Dokument «*SDC Handbook on Private Sector Engagement*».

Kasten 4: Eine Zusammenarbeit zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter

Die Swiss Capacity Building Facility (SCBF) ist eine Plattform, die rund 25 Partner vereint, hauptsächlich Schweizer Finanzinstitutionen und wirkungsorientierte Investoren. Ihr Ziel ist es, Finanzinstitute im Süden bei der Entwicklung und Verbreitung innovativer Finanzprodukte für Haushalte mit niedrigem Einkommen zu unterstützen. Im Zeitraum 2012–2017 ermöglichte die SCBF ihren Partnerfinanzinstituten in 33 Ländern des Südens, 250 000 Kundinnen und Kunden den Zugang zu Spardienstleistungen zu gewähren sowie 470 000 Kredite und 400 000 Versicherungen für Menschen mit geringem Einkommen anzubieten. 2018 hat die SCBF eine Partnerschaft mit dem jordanischen Mikrofonds für Frauen (MFW) zwecks Einführung eines auf syrische Flüchtlingsfrauen zugeschnittenen Kreditprogramms gestartet. Dank einer Machbarkeitsstudie konnte der MFW die Bedürfnisse syrischer Flüchtlinge und anderer im Ausland geborener Personen vergleichen und sein Dienstleistungsangebot entsprechend anpassen. Im Rahmen der Partnerschaft wurden rund 4000 syrische Flüchtlingsfrauen mit Krediten versorgt, was ihnen in vielen Fällen eine wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglichte. Dank dem Erfolg dieser Pilotkooperation weitete der MFW die Kreditvergabe und die nichtfinanziellen Dienstleistungen für dieses Kundensegment aus und weckte bei jordanischen und ausländischen Mikrofinanzinstitutionen Interesse an Kreditprogrammen für Flüchtlinge.

¹⁷ Ein Sozialunternehmen ist eine Organisation, die in erster Linie soziale oder ökologische Ziele verfolgt. Ein Sozialunternehmen kann gewinnorientiert oder nicht gewinnorientiert sein, oder auch ein hybrides Modell verwenden. Die Gewinne von sozialen Unternehmen werden in der Regel reinvestiert, um den Nutzen für die Gesellschaft zu maximieren. Die Schweiz will im Rahmen der IZA-Strategie die Zusammenarbeit mit Sozialunternehmen verstärken (vgl. Botschaft zur IZA-Strategie, Kapitel 3.5.4).

¹⁸ Wirkungsorientierte Investoren sind Personen oder Institutionen, die in Unternehmen, Organisationen und Fonds investieren, mit der Absicht, neben einer finanziellen Rendite auch eine messbare positive soziale oder ökologische Wirkung zu erzielen. Die Schweiz will im Rahmen der IZA-Strategie die Zusammenarbeit mit wirkungsorientierten Investoren verstärken (vgl. Botschaft zur IZA-Strategie, Kapitel 3.5.4).

¹⁹ Eine Förderstiftung ist eine gemeinnützige Stiftung, die über ein eigenes Kapital verfügt und zur Finanzierung ihrer Tätigkeit nicht auf Spenden angewiesen ist. Da Förderstiftungen in der Regel von (Gross-)Unternehmen oder wohlhabenden Unternehmern gegründet werden, werden sie unter den Partnern des Privatsektors subsummiert – dies gilt aber nur im Rahmen der Ausführungen zur Zusammenarbeit mit dem Privatsektor (Kapitel 3).

4. Beschaffungswesen

In ihrer Eigenschaft als Bundesstelle tritt die DEZA als Einkäuferin von Gütern und Dienstleistungen am Markt auf, und zwar im In- und Ausland. Anbieter können sowohl Unternehmen als auch zivilgesellschaftliche Organisationen sein. Bei öffentlichen Beschaffungen gelten die Vorgaben der Welt-handelsorganisation WTO (Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen, GPA) und des schweizerischen Beschaffungsrechts. Seit 2021 ist in der Schweiz ein **neues Vergaberecht in Kraft, welches ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Beschaffung** enthält. Das überarbeitete Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (**BöB**) bringt einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Qualitätswettbewerb, mit einer stärkeren Berücksichtigung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit.

Das EDA ist bestrebt, seine Beschaffungspraxis in der Schweiz und im Ausland zu verbessern und damit der Selbstverpflichtung der Schweiz im Rahmen der Agenda 2030 zu entsprechen, das öffentliche Beschaffungswesen nachhaltiger zu gestalten (**SDG 12.7**). Auf der Basis des neuen Beschaffungsrechts werden **Ansätze für die Förderung der Nachhaltigkeit bei der Beschaffung ausgearbeitet und konsequent umgesetzt**. In den für die DEZA relevanten Kontexten stellt dies eine besondere Herausforderung dar, wobei den Schweizer Vertretungen vor Ort eine wichtige Rolle zukommt.

Das Ziel bei der Vergabe von Mandaten und generell bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen ist es, eine **Vorbildrolle einzunehmen** und die unter dem ersten Handlungsfeld genannten internationalen Standards verantwortungsvoller Unternehmensführung einzufordern beziehungsweise konkrete Anreize für Anbieter zu schaffen, diese Standards umzusetzen. Eine stärkere Gewichtung von Nachhaltigkeitsaspekten im öffentlichen Beschaffungswesen gewährt Anbietern mit qualitativ hochstehenden, zukunfts-fähigen Produkten und Dienstleistungen einen Wettbewerbs-vorteil.

Der Bund hat durch seine Einkaufs- und Marktmacht ein erhebliches Potenzial, auf nachhaltige Produktionsverfahren Einfluss zu nehmen. Mit einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung kann er **Ressourcen schonen und Innovationen fördern**. Im Sinne der Politikkohärenz ist die DEZA im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestrebt, die Beschaffungspraxis der Bundesverwaltung insgesamt mitzugestalten und relevante Entwicklungen im internationalen Kontext zu berück-sichtigen.

Schlussbemerkungen

Die beschriebenen Rollen der DEZA in Bezug auf den Privatsektor müssen klar voneinander unterschieden werden. Im ersten Fall *tritt* die DEZA *für* entwicklungsfördernde wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen ein, im zweiten Fall tritt sie als Finanzierungspartnerin *zugunsten* lokaler Unternehmen auf. Im dritten Fall geht sie eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe *mit* dem Privatsektor ein, und im vierten Fall ist sie *Kundin* des Privatsektors. Es bestehen aber auch **Schnittstellen und Synergien**. Auf Nachhaltigkeit bedachte wirtschaftliche Akteure haben oft ein Interesse an besseren Rahmenbedingungen und können zu diesem Zweck eine konkrete Partnerschaft eingehen. Umgekehrt können gute Praktiken aus solchen Partnerschaften in den Politikdialog eingebracht werden. Darüber hinaus soll nur mit jenen Unternehmen eine Partnerschaft für ein konkretes Entwicklungsvorhaben eingegangen werden (Handlungsfeld 3) oder bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen des Beschaffungswesens sollen nur diejenigen Anbieter berücksichtigt werden (Handlungsfeld 4), welche die anerkannten Grundsätze verantwortungsvoller Unternehmensführung beachten (Handlungsfeld 1). Schliesslich können Schnittstellen auch zwischen den Handlungsfeldern 2 und 3 bestehen, zum Beispiel bei DEZA-Projekten zur Förderung von Kleinproduzentinnen und -produzenten.

Bei der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor steht die Entwicklungswirkung im Vordergrund – und nicht die Nationalität beziehungsweise der Sitz eines Unternehmens. Allerdings **bringen privatwirtschaftliche Akteure aus der Schweiz einen spezifischen Mehrwert mit**: erstens die Nähe, im geografischen wie auch im kulturellen Sinne. Zweitens weisen sowohl die DEZA als auch Partner des Privatsektors in der Schweiz einen spezifischen Mehrwert in denjenigen Themenbereichen auf, in denen die Schweiz über anerkanntes Know-how verfügt.²⁰ Schliesslich bietet die Präsenz zahlreicher multinationaler Unternehmen und eines starken Finanzsektors in der Schweiz einen fruchtbaren Boden für Partnerschaften mit potenziell grosser Reichweite und Wirkung.

²⁰ Diese umfassen u. a. die Themenbereiche Wasser, Landwirtschaft und Ernährung, Gesundheit, Berufsbildung, Katastrophenvorsorge und Finanzdienstleistungen.



© Anna Wang

Abkürzungsverzeichnis

AAAA	Aktionsagenda von Addis Abeba
AFM	Abteilung für Frieden und Menschenrechte des EDA
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BöB	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen
CSR	Corporate Social Responsibility
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EFV	Eidgenössische Finanzverwaltung
GPA	Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen
GPEDC	Globale Partnerschaft für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit
IZA	Internationale Zusammenarbeit
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
MFW	Microfund for Women / Mikrofonds für Frauen
NGO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PLAFICO	Plattform zu Finanzierungsfragen in der internationalen Zusammenarbeit im Umweltbereich
RBC	Responsible Business Conduct
SCBF	Swiss Capacity Building Facility
SDG	Nachhaltige Entwicklungsziele
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SIF	Staatssekretariat für internationale Finanzfragen
SIFEM	Swiss Investment Fund for Emerging Markets
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
UNCITRAL	Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
UNO	Vereinte Nationen
WBF	Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
WTO	Welthandelsorganisation

Impressum

Herausgeber:
Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA
3003 Bern
www.eda.admin.ch

Gestaltung:
Team Audiovisuell, Kommunikation EDA, Bern

Titelbild:
© Ayenat Mersie, International Finance Corporation

Bestellungen:
publikationen@eda.admin.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich
und kann heruntergeladen werden unter
www.eda.admin.ch/publikationen.

Bern, Januar 2021 / © EDA

